

17.00

**Abgeordnete Dr. Dagmar Belakowitsch-Jenewein** (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Ganz kurz: Herr Kollege Vogl, Sie haben recht, ich habe die Ausgleichszulage heute in meiner Rede nicht erwähnt. Wir haben aber im Ausschuss darüber gesprochen und das dort auch abgelehnt.

Noch ein paar Worte: Es waren gar nicht Sie, sondern eigentlich die Kollegin Dietrich, die diese Idee jetzt so gelobt hat. – Frau Kollegin Dietrich, ich finde diese Idee nicht besonders gut. Ich glaube, die Ausgleichszulage ist etwas, was vor allem Frauen betrifft, und wenn Frauen, was oftmals vorkommt, eben nur wenige Jahre für Versicherungsleistungen gesammelt haben, hat das viele Gründe – in der Mehrheit sind es Kindererziehungszeiten. *(Präsident Kopf übernimmt wieder den Vorsitz.)*

Wenn man eine Reform der Ausgleichszulage anstrebt, dann würde ich mir eher wünschen, dass es in die Richtung geht, dass diese unabhängig vom Partnereinkommen berechnet wird. Das würde nämlich zu einem Vorteil für die Betroffenen führen. Damit könnten wir uns anfreunden.

So, wie Sie sich das vorstellen – dass es quasi gekürzt werden soll und nur für einige wenige gilt; wie auch immer das ist –, wollen wir es nicht, denn ich glaube nicht, dass irgendjemand, der in dieser Republik arbeiten geht, plant, dass er einmal eine niedrige Pension bekommt. Das ist sicherlich nicht etwas, was jemand mit Absicht macht.

Das ist ein etwas eigenartiger Text, bei dem mir auch nicht ganz verständlich ist, wie Sie darauf kommen, dass es eine Lebensplanung sein kann. Es **kann** passieren. Es kann auch so sein: Viele Menschen, vor allem auch in der Gastronomie, haben das Problem, dass sie gar nicht wissen, dass sie nur mit einem geringen Betrag angemeldet sind, dass sie eigentlich mehr arbeiten als das, was die Grundlage für die Versicherung bildet.

Das alles sind Dinge, die dazu führen können, dass die Pension sehr gering ist, und daher werden wir diesem Antrag nicht unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.01